

# WESER KURIER

10

BREMEN

NR. 115 · DONNERSTAG, 18. MAI 2006

## „Bremen ist beim Wahlrecht bislang im Neandertal“

Interview mit Gerald Häfner, Vorstandssprecher des Vereins „Mehr Demokratie“

Der Publizist Gerald Häfner ist Vorstandssprecher des Vereins „Mehr Demokratie“, der in Bremen für einen Volksentscheid zur Änderung des Wahlrechts wirbt. Er war zehn Jahre lang für die Grünen im Deutschen Bundestag. Gestern war Häfner zu Gast in Bremen. Mit ihm sprach unser Redakteur Wigbert Gerling.

**Frage: Bisher werden die Kandidatenlisten für die Bürgerschaft von Parteistrategen schön diskret in Hinterzimmern ausgeknobelt. Weshalb wollen Sie dieses traditionsreiche Bremer Verfahren stören?**

**Gerald Häfner:** Für diese „Schönheit“ muss ein hoher Preis bezahlt werden – und zwar der, dass mit solchen Kungelrunden bei Alkohol und Tabakrauch die politische Transparenz und Bürgernähe verloren geht. Mit dem Wahlrecht, für das wir werben, eröffnet sich die Chance, dass die Bevölkerung nicht nur Möglichkeit hat, zu fertigen Listen der Parteien noch Ja und Amen zu sagen. Wer nach eigener Entscheidung fünf Stimmen auf unterschiedliche Personen und auch un-

terschiedliche Parteien verteilen kann, der hat eben viel mehr Möglichkeiten, über die Richtung, die Personen und ihren politischen Stil zu entscheiden.

**Wie aber soll ein bürgernahe Bewerber zum Beispiel aus PUSDORF unabhängig von seinem Parteiapparat bekannt werden?**

Ein neues Wahlrecht wird auf längere Sicht die politische Kultur verändern. Die Bevölkerung wird dann weniger die Kandidaten kennen, die durch politische Seilschaften hochkommen wollen, und eher die, die den Kontakt zur Bevölkerung pflegen. Es wird nicht vorrangig der Politiker unterstützt, der sich mit seinem Fraktions- oder Parteivorstand gut stellt, sondern der, der sich tatsächlich für die Bevölkerung einsetzt.

**Aber mit der Zahl der Kreuze, die man machen darf, wird das Wahlverfahren doch unbestreitbar komplizierter.**

Natürlich ist es etwas komplizierter, fünf Kreuze zu machen. Aber es bringt mehr De-

mokratie. In Bayern ist der Anteil von Abiturienten unter den Schulabgängern geringer als in Bremen. Und in Bayern können die Leute mehr Stimmen verteilen. Als geborener und gelernter Bayer sage ich Ihnen: die Menschen kapierten das und machen gut Gebrauch davon. Außerdem kann jeder auch bei einem neuen Wahlrecht so wählen wie bisher. Es geht dann beides.

**Wer in Bremen wählen will, hat eine Stimme. Ist doch wenigstens übersichtlich.**

Das Wahlrecht begann einst damit, dass ein Mensch eine Stimme abgab. Alles andere entschieden die Parteien. Diese Zeiten sind überwunden, wie der Blick in andere Länder zeigt, wo man längst mehrere Stimmen auf mehrere Kandidaten und Parteien verteilt. Bremen ist hier bislang noch im Neandertal, hat aber die Chance, mit einem neuen Wahlrecht an die Spitze zu kommen. Dann fahren in einigen Jahren womöglich Besucher aus Bayern nach Bremen, um sich moderne Demokratie beibringen zu lassen.

# WESER KURIER

## Noch im März froren Kugelschreiber ein

Verein „Mehr Demokratie“: 7000 Unterschriften für die Zulassung eines Volksbegehrens zur Wahlrechtsreform

Von unserem Redakteur  
Wigbert Gerling

**BREMEN. „Erste Hürde übersprungen.“** So lautete gestern die Bilanz des Vereins „Mehr Demokratie“, der das Wahlrecht ändern will. Damit ein entsprechendes Volksbegehren zugelassen werden kann, müssen zunächst 5000 Unterschriften gesammelt werden. „Wir haben jetzt 7000“, sagte Paul Tiefenbach im Namen der Initiative.

Am 13. Mai 2007 ist Bürgerschaftswahl. Wenn es nach dem Verein „Mehr Demokratie“ geht, haben die Bremerinnen und Bremer an diesem Tag gleich doppelt die Wahl: Sie würden über die künftigen Mehrheits-

verhältnisse im Parlament entscheiden, dazu aber auch noch ihre Haltung zu einer Wahlrechtsreform dokumentieren.

„Mehr Demokratie beim Wählen“ lautet die Überschrift zu dem Volksbegehren. Der Verein möchte ändern, dass die Wähler bei den Bürgerschaftswahlen nur mit einer Stimme über Listen entscheiden können, die von den Parteien vorgegeben werden. Vielmehr sollen künftig alle Wähler fünf Stimmen haben, die nach freier Verteilung an Kandidaten auch unterschiedlicher Parteien vergeben werden könnten.

Um die vorgegebenen 5000 Unterschriften zur Zulassung eines Volksbegehrens zu sammeln, hatte sich der Verein selbst eine

Frist bis Mitte Mai gesetzt. Derzeit laufen nun, so der Verein, die Überprüfungen beim Einwohnermeldeamt. Dort würden beispielsweise Voten aussortiert, bei denen der Name nicht richtig zu lesen sei. Über 4000 Unterschriften seien bereits „für gut befunden“ worden. Tiefenbach: „Bei 7000 Unterschriften wird die 5000-Grenze mit Sicherheit überschritten.“

Im Verlauf der Unterschriftensammlung seien über 20000 Gespräche geführt worden, bei denen der Verein das „neue und bessere Wahlrecht mit fünf Stimmen statt einer“ erläutert habe. Anfangs sei die Resonanz etwas verhalten gewesen, was auch auf die im Frühling noch winterliche Witterung zurückgeführt wird.

Noch im März sei es zeitweise so kalt gewesen, so Tiefenbach, dass an den Ständen die Kugelschreiber eingefroren seien. Zum Finale aber sei „die Sammlung dann immer besser gelaufen“.

Tiefenbach skizzierte das weitere Verfahren: Nach der Überprüfung gingen die Unterschriften an den Landeswahlleiter, anschließend sei der Senat gefragt. Danach könne die Sammlung für das Volksbegehren eingeleitet werden. Vorgabe: Rund 50000 Unterschriften in drei Monaten.

Die Werbung für die Wahlrechtsreform werde bald noch verstärkt, so der Verein. Geplant seien unter anderem Plakatierungen und Postwurfsendungen.

### Nutzungsbedingungen:

Die Inhalte (Text- und Bildmaterial) werden Internet-Nutzern ausschließlich zum privaten, eigenen Gebrauch zur Verfügung gestellt. Jede gewerbliche Nutzung der Inhalte dieses Online-Angebotes ist unzulässig.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere Aufführung, Sendung, Kopie, Verleih, Übertragung auf elektronische Speichermedien, Internet-Einsatz, andere öffentliche Nutzung und Verbreitung nur nach vorheriger Absprache und Erlaubnis durch die Herausgeber.